**Zeitschrift:** Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

**Band:** 2 (1922-1923)

Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 22.10.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

form zugrunde. Es blieb lange Zeit das Vorbild auch für den Norden. San Carlo in Neapel, das nach dem Brande von 1816 restauriert wurde, wäre dieser Reihe ebenfalls beizuzählen. Mit seinem Neubau war dann die schon lange fühlbar gewordene Wendung zum Klassizismus entschieden.

Zu den Eigentümlichkeiten der genannten Theater gehört der Vorbau an der Fassade (diese selber oft als antike Tempelfront gestaltet), sodann, im negativen Sinne, das Fehlen eines großen Wandelraumes, der nicht als notwendig erachtet wurde, solange der Brauch herrschte, sich gegenseitig in den Logen Besuche abzustatten. Zu diesem Zwecke hielt man streng darauf, daß womöglich jede Loge ihr besonderes Vorzimmerchen bekam. Zusolge des senkrechten Uebereinanders der Logengänge gewannen die großen Theater, z. B. die Mailänder Scala, im Innern das Aussehen eines Columbarium, wie Garnier, der Erbauer der Pariser Oper, treffend bemerkt hat. Einen weniger poetischen Vergleich zog Grillparzer, der für die palchi den Ausdruck "Menageriefallen" erfand.

(Fortsetzung folgt.)

# Politische Rundschau

## Schweizerische Umschau.

Die Niederlage der marristischen Sozialdemokratie am 3. Dezember war unvermeidlich. Die internationale Sozialdemokratie, die in Deutschland und in der Schweiz, sowie auch in Italien zum großen Tel den Boden jeder Politik, Staat und Nation, unter den Füßen verloren hat, wird von Gegnern der verschiedensten Art bedrängt. Sie wird sich wohl nur dort vor dem Schicksal der italienischen Sozialisten bewahren können, wo sie, gleich wie die englische Labour-Parth, als nationale Arbeiterschieden Sozialdemokratie mit den Jahren möglich werben. Lenin und Tschitscherin treiben ja heute auch mit gutem Erfolge die Politik

der großen Zaren.

Die Bermögensabgabe-Initiative sollte der erste Schritt zur Sozialisterung der Industrielsen Weinen werden werden ber beteiligung der Stimmberechtigten (über 800,000) im Verhältnis von sieben Mein zu einem Ja verworfen. Seit dem Jahre 1848 hat keine Initiative eine solche Rückweisung durch das Volk erfahren, wie der sozialistische Versuch etner teilweisen Expropriation des Bürgertums. Es ist aus dem Abstimmungsergebnis zu ersehen, daß ein großer Teil der Wähler, die in der Regel sozialistische Natio-nalräte nach Vern senden, nicht geneigt ist, das Programm der marristischen Sozialdemokratie tatsächlich verwirklichen zu helsen: die Ueberführung von Grund und Boden und aller Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit. Durch die Vermögensabgabe-Initiative sollte der erste Schritt zur Sozialissierung der Industrie getan werden, war es denn doch nach Alinea 13 des vorgeschlagenen Artikels 42 bis der Bundesverfassung vorgesehen, daß der Abgabepflichtige statt Geld eine Naturalabgabe leistet; damit wäre der Bund mit einem Schlage Veteiligter an industriellen Unternehmungen geworden. Ein Teil der sozialistischen Wählerschaft lehnte diesen ersten praktischen Versuch zur Verwirklichung des marristischen Programms ab; dies war ein Akt des gesunden Menschenverstandes. Auch der sozia-listische Wähler hat eingesehen, daß ihm als Arbeitnehmer mit einer Velastung und Behinderung der Produktion nicht gedient ist; vor allem hat er eingesehen,

daß durch die Vermögensabgabe-Initiative eine Verminderung des Steuerkapitalsverbunden ist und damit die Aussicht auf erhöhte Gemeinde- und Kantonal-Steuern.

Die egoistischen Momente dürfen nicht außer Acht gelassen werden; sie haben viele Stimmberechtigte, wohl mehr als die volkswirtschaftlichen und vaterländischen Ueberlegungen, zur Verwerfung bestimmt. Es ist eben, trotz der Theorie des Herrn Marx, doch so, daß jeder normale Schweizerbürger sehr gerne Besitzer ist und zwar ausschließlicher Besitzer von Vermögenswerten irgendwelcher Art, und daß er mit aller Energie sich dagegen wehrt, zu verelenden, damit der Klassenstampf besier geführt werden kann. Die Abstempelung der Wertpapiere, vor allem der Obligationen usw., nach einigen sogar der Sparkassedichein und der Vanksnoten, hat die großen und kleinen Steuerhinterzieher mobil gemacht; überdies hat die Pessen und kleinen Steuerhinterzieher mobil gemacht; überdies hat die sessen Gehiete Imponderabilien beachten muß; eine Oeffnung des Bankgeheimsnisses mag auf dem Kapier hochmoralisch aussehen. Es ist nun aber in der innern wie in der äußern Politik vielsach der Fall, daß das Moralische nicht das Zweckmäßige ist; damit müssen wir uns absinden, so lang wir nicht im Reich Gottes leben.

Wäre die Vermögensabgabe dazu bestimmt gewesen, mit ihren Erträgnissen die Schulden des Bundes abzuzahlen, so wäre sie im gegenwärtigen Moment der wirtschaftlichen Krisis ebenfalls abzulehnen gewesen; aber an und für sich ist der Gedanke eines Notopfers der Besitzenden zugunsten der eidgenössischen Finanzen, der finanziellen, der wirtschaftlichen Wehrkraft, nichts Unvernünftiges. Die Erträgnisse der Vermögensabgabe, wie sie bom Schweizervolk am 3. Dezember zurudgewiesen wurde, waren für die Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliden-Versicherung bestimmt. Es handelte sich um eine Ueberspannung des totgeheten Begriffes vom Wohlfahrtsstaat. Man hat vielerorts vergessen, daß der Staat nicht vornehmlich dazu da ift, für Brot und Spiele zu forgen, eine charitative Tätigkeit auszuüben. In den Augen vieler Politiker war die Eidgenoffenschaft in den letten Jahren zu einem Institut umfassender Wohltätigkeit geworden; darob wurden die eigentlichen Staatsaufgaben von vielen nicht mehr als folche anerkannt ober als Mebensächlichkeiten betrachtet. Daß der Staat kein Spital und keine Fabrik ist, stebenstalteilen vertagtet. Daß ver Staat tem Spitat und teme Habete zu, sondern ein Gebilde des Rechts, das nach außen seine Interessen verficht mit Hilfe der ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel, und nach Innen im Interesse des Staates und seiner wirtschaftlichen Basis einer blühenden Produktion der für das Volk lebensnotwendigen Gütern die Rechtsordnung durchsetzt, das muß wiesen Volk der Volk der der Volk d derum ganz allgemein als Fundamentalgrundsat der schweizerischen Politik anerfannt werden.

Es darf nun wohl deutlich gesagt werden, daß es mit der Verwerfung der Vermögensabgabe-Initiative allein nicht getan ist; die Finanzen der Eidgenossensschaft müssen saniert werden. —

Die sozialistische Zollinitiative, die nächstes Jahr zur Abstimmung gelangt, verrät ungefähr die gleiche volkswirtschaftliche Einsicht und das ebenso tiefe volkswirtschaftliche Verantwortungsgefühl wie die am 3. Dezember verworfene Ini= tiative. Es handelt sich bei der Zollinitiative nicht nur um ein Attentat auf die nationale Produktion, auf den Gedanken des Schutes der schweizerischen Bolkswirtschaft, sondern auch um ein Attentat auf die Bundesfinanzen. Aber den Ini= tianten ift auch diesmal nicht allein mit der Berwerfungsparole entgegenzutreten, sondern es muß verlangt werden, daß verfassungsmäßig die Einnahmen des Bun= des nicht mehr ausschließlich auf den Zöllen beruhen. Und man wird konstatieren können, daß bom Augenblice an, wo tatfächlich für die Sanierung der Bundesfinanzen etwas getan werden foll, die kantonalen Böpfe zu wackeln beginnen und der intelligente Föderalismus der Welschen für das Rochen der Bolksseele jenseits der Sarine sorgen wird. Da es unumstößliche Tatsache ist, daß Dank unserer bundesstaatlichen Ginrichtung und Gemeinde-Autonomie die Belaftung des Schweizervolkes mit direkten Steuern eine ungemein große ist, so wird der Bund auf das Gebiet der indirekten Steuern, das in der Schweiz noch gar nicht ausgeschöpft

ist, verwiesen werden mussen; immerhin ist gegen eine eidgenössische Nachlaßsteuer nichts einzuwenden und es berührt sehr peinlich, wenn die welschen Föderalisten weiterfahren, jede wirkliche Sanierung der Bundesfinanzen zu sabotieren, indem sie von vornherein gegen diese Steuer Opposition erheben.

Grundsätlich ist daran festzuhalten, daß alle neuen Einnahmequellen des Bundes in erster Linie für Abtragung der Kriegsschulden zu benuten sind. Desshalb wird wohl an eine Alters, Hinterbliebenens und Invaliden-Versicherung noch nicht gedacht werden können. Da es aber wirklich eine Pflicht des Staates ist, tatsächlichem Elend innerhalb seiner Grenzen entgegenzutreten um seiner Selbstaachtung willen, so hätten wir es vorgezogen, wenn der Ständerat dem Antrage Usteri-Schöpfer auf Einrichtung einer vorläufigen Altersfürsoge Usteri-Schöpfer zum Durchbruche zu verhelfen gegenüber dem überspannten Föderalismus, der ein ebenso ausgesprochener Feind des eidgenössischen Staates ist wie die revolutionäre Sozialdemokratie. Und wenn die grundsätlichen Sozialpolitiker erklären, daß eine Altersfürsorge den Charakter der Armenpflege habe und sie deshalb mit Emphase ausrusen, "lieber gar nichts als Almosen", so ist ihnen gegenüber zu betonen, daß mit dieser Grundsätlichkeit den armen Leuten nicht geholfen ist. Die Verssicherung ist heute noch nicht möglich, eine Fürsorge aber notwendig für diesengen Volksgenossen, die heute ein durch Sorge und Not bedrängtes Alter erleben müssen. Die Errichtung einer Altersfürsorge bedeutet deshalb eine politische Notwendigkeit.

Die Nationalrates wahlen haben an der parteipolitischen Zusammenstellung des Nationalrates nicht viel geändert; die sozialdemokratische Partei sah ihre Erwartungen nicht erfüllt; die bürgerlichen Parteien sind im großen und ganzen in ihrem Bestand stationär geblieben. Aber es darf wohl darauf hingewiesen werden, daß wir im Nationalrat keine keste Regierungsmehrheit besitzen; wir hoffen, daß sich dies einmal in einer Frage der auswärtigen Politik erweisen wird. Und ferner ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Zusammensetzung des Bundesrates aus fünf Radikaldemokraten und zwei Katholischkonservativen der parteipolitischen Zusammensetzung des Nationalrates nicht entspricht. Die Mögslicheit ist gegeben, daß in der weitern politischen Entwicklung unseres Landes sich aus diesem Zustand, der einer parlamentarischen Demokratie widerspricht, Divergenzen zwischen Exekutive und Legislative ergeben können, wenn im Nationalrat wirklich Politik getrieben würde und er endlich einmal den Mut aufbrächte, mit dem Ständerat zusammen als oberste Landesbehörde, als Träger der Souveränität der Sidgenossenschaft zu handeln.

In diesen Tagen diskutiert der Nationalrat über den Boranschlag des Bundes für 1923. Es scheint, daß diesmal die Parlamentarier auf das billige Bergnügen verzichten, bei der Behandlung des Voranschlages des Militärschlages des Willionen Franken. Das vollständige Mißlingen des Völkerbundes auf dem Gebiete der internationalen Abrüstung, das niemand mehr zu bestreiten wagt als die unverantwortlichen Jeologen an der Spize der schweiszerischen Völkerbundsvereinigung, hat den pazifistischen Eifer des eidgenössischen Parlaments gezügelt. Daß die Sozialdemokraten die Ablehnung des Militärsudgets als Ganzes verlangen, ist von ihrem Standpunkt aus begreislich, denn sie sind eben noch keine nationale Arbeiterpartei, sondern Mitglieder einer internationalen Sekte. Wir werden aber konstatieren können, daß der Standpunkt der vollständigen Ablehnung nationaler Ziele, des nationalen Staates, seiner Rechte und Interessen von den Sozialdemokraten in keiner Weise konsequent innegehalten wird. Von unserem Standpunkte aus können wir zum Militärbudget nur die Bemerkung machen, daß wir bedauern, konstatieren zu müssen, daß man Sparmaßnahmen durchschlungskurse bedauern, konstatieren zu müssen, daß man Sparmaßnahmen durchschlungskurse bedeutet eine Verletzung der Militärorganisation; eine Verletzung dieses Bundesgesetzes liegt auch in der Verschiebung des Veginns der Wehrpflicht um ein Fahr, wie er letzes Jahr allgemein durchgeführt wurde:

die Verletzung der Bundesverfassung liegt unseres Erachtens darin, daß durch die überaus strengen Rekrutierungsvorschriften der Grundsatz der allgemeinen Wehrspslicht eingeschränkt wird. Die gefährlichen Feinde des Wehrwesens und damit des eidgenössischen Staates, des Vaterlandes, sind, wie wir schon letztes Jahr bei Anlaß der Veratung des Voranschlages des Vundes für das Jahr 1923 durch den Nationalrat ausgeführt haben, nicht die Sozialdemokraten, sondern die bürgerlichen Pazisisken, die ungeachtet aller Verfassungs- und Gesetzsvorschriften als unversantwortliche Jdeologen die Neduktion des Militärbudgets verlangen, dem Völkerbund zuliebe. Diese Leute sind für die tatsächlichen politischen Verhältnisse Europas und die Bedürfnisse des Staates nach wie vor blind; sie gehören auch zu densenigen, die den demagogischen Grundsatz "möglichst billiges Vrot" als extreme Freihändler versechten und damit die noch mühsam existierenden Zweige unserer nationalen Produktion, die Landwirtschaft, das Gewerbe und die für das Inland lebensnotwendige Vedarfsartikel produzierende Industrie, gefährden...

\* \* \*

In einer der ersten Sitzungen der gegenwärtigen Session des Nationalrates kam die Rheinfrage zu einem vorläufigen Abschluß. Die Mehrheit des Rates machte gute Miene zum bosen Spiel und erteilte dem Bundesrat Decharge für seine verfehlte Rheinpolitik. Er unterließ es aber, Herrn Motta ausdrücklich seine hervorragenden Leistungen zu verdanken, sondern gestattete sich eine leise Miß= billigung der Haltung des Bundesrates, weil dieser das Parlament vor eine fertige Tatsache gestellt hat, statt rechtzeitig die Verantwortung mit ihm zu teilen. Diese Migbilligung wurde vom Chef des politischen Departements entgegengenommen. Der Sprecher der Sozialisten, Nationalrat Grimm, hielt eine bom nationalen Standpunkt aus einwandfreie Rede, in der er sich nicht scheute, den Rat darüber zu informieren, daß Berr Abor, diefer eminente Batriot und Ritter der Chrenlegion, ehemaliger Bundespräsident und heutiger Delegierter der Schweiz beim Bölkerbund, auch in dieser Sache eine äußerst bedenkliche Rolle gespielt hat. Herr Grimm behauptete, und er wurde vom Bundesratstische aus nicht dementiert, daß ein Gutachten Stridler, das der Bundesrat von denjenigen Kreisen in der Schweiz eingeholt hatte, die dem Araftwertbau von Bafel abwärts bis nach Straßburg günstig gesinnt sind, und die im allgemeinen den französischen Standpunkt teilen, und das zur Orientierung unferer Delegation in Strafburg bestimmt war, die instruktionsgemäß den gegenteiligen Standpunkt vertreten follte, d. h. für die Regulierung des Rheines, für das Recht der Schweiz für freie Schiffahrt auf dem Rhein, der unverbauten Stromstraße, eintreten sollte, durch Bermittlung des Berrn Abor der französischen Delegation in die Hände gespielt wurde. Damit war Frankreich gegenüber der Schweiz eine Waffe in die Hand gegeben, die wirksam zur Anwendung kam. Wir enthalten uns einer Qualifikation dieser Handlung bes Herrn Abor; wir bemerken nur, daß er sich wieder um Frankreich fehr berdient gemacht hat.

Der Nationalrat verwarf einen sozialdemokratischen Antrag, in dem konstatiert wurde, daß die Schweiz in der Rheinfrage eine Niederlage erlitten hat, und er verwarf auch einen Antrag des Herrn Gelpke, in dem dem Bundesrate für seine Politik die Mikbilligung ausgesprochen wurde. Das Schweizervolk ist zweisfellos der Ansicht des Herrn Gelpke. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß für den Nückstau des Rheines über schweizerisches Gebiet bereits ein Konzessionsbegehren mußte zurückgewiesen werden, weil aus ihm nicht deutlich ersehen werden konnte, ob französische Privatpersonen oder Gesellschaften, oder ob der französische Staat selbst die Konzession begehrt. Die Rheinfrage wird die schweizerische Oeffentlichkeit noch weiterhin beschäftigen müssen. Wir müssen es uns heute versagen, über das aufgetauchte Rhone=Rhein=Kanalprojekt von Genf nach Roblenz zu sprechen; es ist noch nicht spruchreif geworden.

Die Frage einer freien Verbindung der Schweiz mit dem Weltmeere ist eine Frage der äußern Politik, und diese äußere Politik wird hauptsächlich bedingt durch unser Verhältnis zu Frankreich.

Es ift unsere Pflicht, in dieser Rundschau dieses Verhältnis immer wieder durch einige Stichworte zu illustrieren: Verlangen des Truppendurchmarsches, Verzickt auf die militärische Neutralisation von Hochsavohen, Verzicht auf die Genferzonen, Verzicht auf die freie Schiffahrt auf dem Rhein von Basel bis zum Meere, seitden der Rhein ein französischer Strom geworden ist. Weiß überdies das Schweizervoll, daß die unter der Herrschaft der S. S. S. eingeführte Kontrolle der schweizerischen Industrie der Werkstätten= und Fabrikräume, die Ginsicht in die Fabrikgeheimnisse aller Art durch französische Beamte auf schweizerischem Grund und Boden weiter andauert und die Gefahr besteht, daß dieser unerhörte Eingriff in die Gebietshoheit der Eidgenossenschaft durch einen neuen schweizerischefranzösischen Handelsvertrag legalisiert wird? Die Franzosen gestatten sich diese Handelsvertrag legalisiert wird? und Induftriefpionage nur gegen die Schweiz, sonst gegen kein Land, weil sie nur bei uns eine Regierung finden, die ihnen nichts oder sehr wenig versagen tann. Die Wirkungen der Hegemonie Frankreichs auf dem europäischen Kontinent zum Nachteil der politischen Stellung der schweizerischen Eidgenossenschaft werden immer fühlbarer. In den letzten Wochen hat Frankreich von der Schweiz verlangt, daß unsere Regierung auf die Balutabeihilfe für die notleidende schweis zerische Uhrenindustrie verzichte, weil dieser verschleierten Exportprämie der Bortlaut des französisch=schweizerischen Handelsbertrages entgegenstehe und nur Frankreich das Recht habe, diesen Vertrag einseitig den veränderten Valutaverhältnissen und der zerstörten Weltwirtschaft anzupassen. Der Bundesrat tam ohne weiteres dem Verlangen der französischen Regierung nach und damit hat Frankreich einen Stein aus dem Schutgebäude losgeriffen, bas die schweizerischen Landesbehörden zugunsten der nationalen Produktion errichtet haben. Denn es ift nicht fehr mahrscheinlich, daß diese Schuppolitik gegenüber andern Staaten durchgeführt werden kann, namentlich nicht gegen Italien, wenn Frankreich auch auf diesem Gebiete die Möglichkeit eingeräumt wird, als Protektorin aller destruktiven Elemente im Lande aufzutreten.

Aller gegenteiligen Versicherungen aus dem Bundeshause zum Trot muß festgestellt werden, daß durch die Herrschaft des Faszismus in Italien und die Ministerpräsidentschaft des Herrn Mussolini die politische Stellung der Eidgenossenschaft in Europa eine neue Belastung erfahren hat. Der Faszismus hat durch den Mund des Kammerdeputierten Mussolini den Gotthard als natürliche Grenze des Königreiches proklamiert; der Ministerpräsident Mussolini wird auf keinen Fall den Kammerdeputierten gleichen Namens dementieren. Damit ist noch nicht gesagt, daß die Erreichung der natürlichen Grenzen in dieser Richtung bas nächste Ziel der italienischen Außenpolitik ist; aber es ist zweifellos ein Ziel dieser Bolitik. Wenn wir uns daran erinnern, daß sich das Parteiprogramm der italienischen Faszisten mit aller Deutlichkeit gegen den Genfer Völkerbund ausspricht, so werden wir begreifen muffen, daß unfer Recht und unfere Intereffen auch in diefer Beziehung nicht durch den Appell an und durch das Vertrauen auf eine imaginäre Institution internationalen Rechtes gewahrt werden können, sondern allein das durch, daß wir dem italienischen Programm der nationalen Kraft ein schweizes risches Programm der nationalen Selbstbehauptung, eine nationale Front, einen entschlossenen Willen zur Verteidigung mit allen zwedmäßigen Mitteln entgegen= stellen. Auch in diesem Falle muß betont werden, daß es sich nie darum handeln darf, zu verzichten, sondern daß unserm Bolke gesagt werden muß, daß wir nach wie vor als Volk und Staat nur bestehen können, wenn der feste Wille vorhanden ist, alles einzusetzen, um die Rechte und Interessen des Vaterlandes zu verteidigen. Statt für die Notwendigkeit einer wirksamen Landesverteidigung die weitüberschätte Gefahr des schweizerischen Bolschewismus anzuführen, ware es zwedmäßiger, den Gedanken der Berteidigung des von unfern Vätern übernommenen nationalen Inventars in den Vordergrund zu stellen.

Zürich, den 14. Dezember 1922.

Sans Bopfi.

## Bur politischen Lage.

"Es würde mir nun Vergnügen machen, meinen allfälligen Nachfolgern zuzussehen. Ich würde z. B. gerne zusehen, auf welche Weise man die Reparationsfrage lösen will und wie man es fertig bringen will, daß Frankreich uns mehr denn je liebt; ich würde gerne zusehen, wie man den Vereinigten Staaten zahlt, was man ihnen schuldet und wie man die Schulden aller andern Länder uns gegenüber abstreicht. Es würde mir Vergnügen bereiten, zu sehen..."

Das sind Worte Lloyd Georges aus seiner am 15. Oktober in Manchester geshaltenen Verteidigungsrede. Lloyd George ist seither gestürzt worden und heute kann er obgenanntes Vergnügen, seinen Nachfolgern zuzusehen, wie sie es auch nicht besser machen, voll und ganz auskosten. Die am 9. De zem ber in Lonsdon nacht besser den Ministerpräsidenten Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens begonnene Veschung der ung, die den Auftakt zur Brüsseler Konferenz bilden sollte, ist schon nach zwei Tagen ergebnissos abgebrochen worden. Damit fällt auch die Brüsseler Konferenz, auf der man "endlich" zu einer endgültigen Regeslung der Wiedergutmachungsfrage gelangen wollte, dahin. Anfang Januar will man in Paris versuchen, zu einem bessern Ergebnis zu gelangen. Besteht wirklich Aussicht dafür? Wohl kaum. Die Fragen, an denen sich die Staatsmänner in wechselnder Folge in den letzten Jahren in bald zwei Dutzend Konferenzen und Besprechungen die Zähne ausgebissen haben, sind immer die gleichen, haben immer den gleichen Ursprung: die Verträge der Pariser Friedenskonferenz, Verträge, die von ihren Urhebern zum Teil nur als Rahmen gedacht sind, innerhalb dessen viel weit gehen der e Politik verfolgt werden soll, als sie selbst schon in den Verträgen als solchen festgelegt werden konnte.

Poincaré bestreitet in einer Replik auf einen Zeitungsartikel Llohd Georges, in dem Lloyd George nun hemmungslos seinen seit Versailles andauernden Rampf gegen Frankreichs Rheinlandspolitik und Vormachtsstreben fortsetzt und da= bei noch deutlicher als in Genua das Stichwort von dem kommenden europäischen Befreiungskampf ausgibt, daß Frankreich das linte Uheinuter wirklich annektieren wolle. Poincaré wird aber, außer etwa in der Schweiz, wenig Glauben mehr finden für die Behauptung der friedlichen Absichten Frankreichs. Die Welt gibt auf juriftische Spitfindigkeiten, wie die Unterscheidung zwischen einer unmittelbaren und mittelbaren oder verschleierten Annexion, nicht fehr viel. Wenn Briand in seinem bekannten Brief bom 12. Januar 1917 an den französischen Gesandten in London (vergl. auch Heft 6 dieses Jahrgangs, S. 294) schrieb: "Es gibt eine Frage, die sich notwendigerweise stellt, diejenige des linken Bedeutende, mit den ältesten Ueberlieferungen unserer nationalen Politik vertraute Geister in Frankreich beanspruchen dieses als die verlorene Erb= schaft der französischen Revolution. Es ist indessen zu besorgen, daß die erneute Besitergreifung (reprise) nicht als eine Eroberung betrachtet werde", so wird man sicherlich feststellen können, daß Frankreich seit Abschluß des Versailler Vertrags besorgt war, mit seiner erneuten Besitzergreifung des linken Rheinufers nicht den Eindruck einer Groberung oder Annezion zu erwecken. Ueber den festen Billen Frankreichs, diese mit der militärischen Besetzung inaugurierte Besitzergreifung dauernd zu gestalten, können aber diese Verschleierungsabsichten nicht hinwegtäuschen. In Dokumenten, die, wie der kürzlich im Auftrag der französischen Regierung abgefaßte und in englischen, amerikanischen und deutschen Beitungen veröffentlichte Dariacfche Geheimbericht, nicht für die Deffent= lichkeit bestimmt sind, wird dieser Wille mit unmißverständlicher Deutlichkeit ausgesprochen. Es ist in diesem Bericht u. a. zu lesen: "Jede französische Politik im Rheinland ift an eine Borbedingung gebunden: die verlängerte Aufrecht= erhaltung unferer Rheinarmee in den befetten Gebieten. Von dieser Politik selbst heißt es: "Der erste Akt dieser Politik ist die finanzielle Organisation des Rheinlandes... Der zweite Akt ist die Ersetzung der preußischen Beamten durch rheinische Beamte... Der dritte Akt ist die Ausdehnung der Gewalten der Hohen Kommiffion und die Einberufung einer gewählten Versamm= lung... Das ist eine Politik langer Sicht, in der eine kluge Diplomatie

eins um das andere der aufeinander folgenden Kettenglieder einer überlegten Aftion anfügen muß, welche nach und nach von Deutschland ein Rhein= land loslösen wird, das frei ist unter der militärischen Sut Frankreichs und Belgiens."

Frankreich will den Besitz des linken Rheinufers in irgend einer Form. Die Poincaresche Richtung in der Form eines "autonomen" Rheinstaates unter Frankreichs Protektorat. Die Clemenceau-Tardieu-Loucheursche Richtung in der Form eines "Bölkerbundsstaates", d. h. eines Staates, der einer "inter= nationalen Macht unter der Rontrolle des Bölkerbundes. in der die frangofischen Goldaten die Mehrheit hatten" (wie sich der von unfern schweizerischen "Mameluken" und Bolkerbundlern so herzlich bewilltommte Loucheur am 7. November in der französischen Kammer ausbrückte) unterstellt ift. Diefer Wille Frankreichs ift der Rernpunkt der europäi= schen Politik. In Frankreichs Rheinpolitik liegt der Schlüffel zu allen Fragen, die man auf den ungezählten Konferenzen verhandelte und über die man sich, wegen dieses französischen Willens, nicht einigen konnte und über die man sich auch in aller Zukunft, solange Frankreichs Wille ungebrochen ist, nicht wird einigen können.

Nicht nur in England, wo Llond George die Genugtuung erlebt, daß fein Nachfolger nicht weiter kommt als er, weiß man das. Auch in Amerika hat sich längst die richtige Borstellung der europäischen Berhältnisse durchgesett. Clemenceau hat dieser Tage ziemlich sang= und klanglos diesem Lande den Rücken gekehrt, in dem er diesmal so geringem Verständnis für die Thesen der französischen Politik begegnet ist. Die Reden der Senatoren Hitchcock und Vorah im amerika= nischen Senat, in denen für Frankreich so schmerzliche, aber nur allzuwahre Dinge ausgesprochen wurden, mögen ihm noch lange unangenehm in den Ohren nach-

flingen.

Am meisten Erfolg mit seiner Politik hat Frankreich zweifellos noch immer in der Schweiz. Nicht nur, daß es daselbst noch immer getreue Parteigänger und Vorkämpfer seiner Vormachtspolitik in großer Zahl findet. Es hat auch bis heute vollen Erfolg gehabt mit seinen Unternehmungen, die gegen den obersten Teil des linken Rheinufergebiets und das in schweizerischem Besitz befindliche Einzugsgebiet der Rhone gerichtet sind und die durchaus parallel laufen seinem Vorrücken an den mittleren und untern Rhein. den Straßburger=Kompromiß ist Frankreich in die Lage versetzt, das Rheingebiet oberhalb Basel, also zwei Drittel der Schweiz, seiner natürlichen Verbindung mit dem Rheintal unterhalb Bafel und feines natürlichen Ausganges zum Weltmeer zu berauben. Nicht die Araftgewinnung stehe beim Bau des Kembserwerkes im Vordergrund des französischen Interesses, hat Nationalrat Gelpke im Nationalrat erklärt; die Hauptsache sei für Frankreich, die Ablenkung des Verkehrs nach den frangösischen Berkehrelinien. Darunter kann fehr wohl auch der schweizerische Verkehr nach Norden fallen. Raum ist die Behandlung der Rheinfrage in der Bundesversammlung zu Ende, so wird auch schon von einer französischen Firma unter dem Protektorat Poincarés die Rhone = Rheinver= bindung bom Genferfee über die Jurafeen und die Mare zum Oberlauf bes Rheins oberhalb Basel der schweizerischen Oeffentlichkeit vorgelegt Unterhalb Basel wird die freie Wasserstraße nach Norden abgewürgt. Vom Westen her wird eine Bafferstraße der Länge nach durch die Schweiz bis an ihre Oftgrenze geplant. Gine Wasserstraße von einer bis Genf schiffbaren Rhone hinüber nach der Ost- und Nordschweiz wäre an und für sich vom schweizerischen Gesichtspunkte aus nur zu begrüßen. Gleichzeitig aber mit der Abriegelung des Rheins unterhalb Basel durch französische Schleusen bietet sie Hand zur widernatürlichen Abbiegung des nords, ofts und mittelschweizerischen Verkehrs vom Rheintal nach dem Rhonetal. Frankreich in der Lage, die beiden großen Ausgangsstore der Schweiz, Basel und Genf und die beiden Haussgangsgangswege der Schweiz, Rheintal und Rhonetal zu beherrs schen, bedeutet für die Schweiz den weitgehenden Berlust ihrer verkehrspolitischen und damit auch ihrer politischen Handlungsfreiheit. Wie heute in England, Deutschland, ja auch in Italien und Amerika sich stärkster Widerstand gegen die dauernde Einflußgewinnung Frankreichs auf das mittlere und untere linke Rheinufer geltend macht, so wäre sehr wahrscheinlich bei diesen Ländern ein gleicher Widerstand gegen die dauernde Einflußgewinnung auf den obersten Teil des linken Rheinufergebiets, d. h. das Kerngebiet der Schweiz, wie sie mit der Errichtung des Kembserwerkes eintritt, zu erregen gewesen. Die Initiative zur Beckung dieses Widerstandes hätte aber natürlicherweise von der Schweiz ausgehen müssen. Es ist das nie wieder gutzu= machende Verfäumnis der schweizerischen Regierung, daß sie in dieser Hinsicht gar nichts getan hat. Sie ließ die Dinge mit unverantwortlichem Gleichmut an sich herankommen; und eines Tages sah sich die schweizerische Dele= gation in Strafburg überstimmt. Die gerechte Empörung, die durch das Schweizer= land ging, als der wahre Sachverhalt offenbar wurde, vermochte nichts mehr zu ändern. Die ganze Art und Beife, wie von seiten unserer verantwortlichen Regie= rung in dieser für die Zukunft unseres Landes so schwerwiegenden Rheinfrage gehandelt, bezw. nicht gehandelt worden ift, bildet eines der düstersten Rapitel in der Geschichte schweizerischer Außenpolitik.

Daß ein anderes, nicht weniger düsteres Rapitel doch noch einen bessern Ausgang nimmt, dafür wird wohl die Abstimmung vom 18. Februar über das Jonenabkommen sorgen. Auch der Anschlag Frankreichs auf das für Eenfs Selbständigkeit und seine Zugehörigkeit zur Schweiz notwendige wirt = schot en ist nur ein Sinzelglied in dem wirtschaftlichen, militärischen und politischen Vorstoß Frankreichs an seiner gesamten Ostgrenze. Die Frage der Aushebung der Freizonen um Genf durch Frankreich gehört, genau wie die Rembser-Ranalfrage, zu dem großen Fragenkompler, der heute unter der Sammelbezeichnung "französische Rheinpolitik" von europäischer, ja von Weltbedeutung geworden ist. Auch hier hat es unsere Regierung in keiner Weise verstanden, die Genfer Frage, d. h. die Frage der Selbständigerhaltung Genfs und seiner Zugehörigkeit zur Schweiz in das Licht der europäischen und internationalen Oeffentlichkeit und Politik zu rücken. Im Gegenteil. Heute finden wir die schweizerische Regierung ja einträchtiglich Schulter an Schulter mit der französischen Aben. Elücklicherweise hat hier Genf und das schweizerische Volk am 18. Festruar noch ein Wort mitzureden.

\* \*

In Laufanne tagt unterdessen die sog. Orientkonferenz Machdem ansfänglich viel Aushebens von ihr gemacht worden ist, ist es jetzt um sie wesentlich stiller geworden. Brauchbare und haltbare Ergebnisse hat sie disher noch kaum gezeitigt. Frankreich und Italien haben sich zwar bemüht, Englands Schwierigsteiten den Türken gegenüber nicht unnötig zu vermehren. Dieses Amt ist ihnen von Rußland abgenommen worden. Das Ergebnis wird letzten Endes aber doch wohl sehr stark abhängen von der künstigen Entwicklung der englischsfranzösischen Beziehungen, also von den Ansang Januar in Paris in Aussicht genommenen Berhandlungen. Mit einem Ergebnis, das auch nur für die nächsten zehn Jahre im Orient stadile Berhältnisse zu schaffen vermöchte, dürsen wir aber so oder so nicht rechnen. Es ist leichter, den politischen Bau der Welt zu zerschlagen, wie die Berträge der Pariser Friedenskonferenz es getan haben, als einen Neubau aufzurichten, der auch nur auf einige Jahrzehnte hinaus den Völkern Friede und Ordnung gewährt. Was heute geschieht, ist ja alles in erster Linie Abbruch der Werke der Pariser "Friedens"-Ronferenz. Bevor nicht das große Reine mach en, von dem auch Llohd George in seinem Artikel wieder so deutlich sprach, stattgefunden hat, kann mit dem Neubauen nicht begon = nen werden.

Bürich, 14. Dezember 1922.